

62. Bayerischer Ärztetag in Straubing

Eröffnungsveranstaltung

Schlusswort von
Dr. H. Hellmut Koch
Präsident der Bayerischen Landesärztekammer

Große Koalition – kleines Ergebnis

Sie erwarten von mir jetzt eine kurze Einschätzung der eben gehörten, sehr interessanten und sehr engagiert geführten Diskussion. Ich bedanke mich herzlich bei allen Beteiligten. Und Sie erwarten eine kurze Einschätzung der Lage der Gesundheitspolitik, einen kurzen Ausblick und eine cursorische Analyse der Eckpunkte der Gesundheitsreform und des mittlerweile vierten Arbeitsentwurfes mit dem klingenden Titel: „Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der Gesetzlichen Krankenversicherung“ (GKV).

Doch zuerst möchte ich mich an dieser Stelle sehr herzlich bei Ihnen, Frau Staatsministerin Stewens, für ihr Grußwort bedanken. Und ich habe noch einen Grund, Ihnen zu danken. Waren Sie es doch, die bereits frühzeitig im Sommer auf die Gefahren des geplanten Gesundheitsfonds hingewiesen hat, der künftig eine einheitliche Kopfprämie pro gesetzlich Versichertem an die Krankenkassen ausschütten soll. Sie haben dieses Problem als eine der ersten erkannt und thematisiert. Und Sie haben sich auch in einem so genannten „Geheimpapier“ in dieser Sache an unseren Ministerpräsidenten gewandt.

Fonds und Zusatzbeitrag

Die Modernisierung des Gesundheitssystems sollte zum Meisterstück der neuen Regierung werden. Am Ende aber verfehlen die Politiker fast alle selbst gesetzten Ziele. Die bizarre Entstehungsgeschichte zeigt, warum die Große Koalition nur Kleines zustande bringt. Laut Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) sollte die Reform am 1. April 2007 in Kraft treten, damit der Fonds am 1. Januar 2008 kommen könne. Nächtliche Verhandlungen im Kanzleramt endeten vergangene Woche mit zahlreichen erneuten Kompromissen – und mit einer Verschiebung des Kernstücks der Reform: Der Gesundheitsfonds soll erneut um ein halbes Jahr verschoben werden. Er soll nun zum 1. Januar 2009 eingeführt werden. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) begründete die Verschiebung damit, dass der Fonds zeitgleich mit dem neuen Finanzausgleich der Kassen und – so hört man überrascht – der neuen Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) in Kraft treten könne. Im Streit um mögliche Zusatzbeiträge setzte sich dann die SPD mit ihrem Beharren auf die bereits vereinbarte Begrenzung auf ein Prozent des beitragspflichtigen Einkommens durch. Der

Kompromiss sieht vor, dass Zusatzbeiträge bis zu acht Euro aber ohne Einkommensprüfung von einer Kasse erhoben werden dürfen. Solche Zusatzbeiträge können einzelne Kassen erheben, wenn sie mit dem Beitrags- und Steuer-geld aus dem Fonds nicht auskommen. „Es gibt noch eine ganze Reihe von Wirkungen, die wir prüfen müssen“, sagte der Bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber vergangene Woche in Berlin, was uns Ärztinnen und Ärzten wieder etwas Grund zur Hoffnung gibt.

Finanzieller Aderlass

Im Konflikt um einen möglichen finanziellen Aderlass von Ländern wie Bayern durch den Gesundheitsfonds hat man jetzt eine „Konvergenzphase“ vereinbart, werden doch Belastungen von 1,7 Milliarden Euro für Bayern befürchtet. Solche Verluste würden in Schritten über zehn Jahre verteilt. Dafür sollen Haushaltsmittel des Bundes „in der Größenordnung von 100 bis 150 Millionen Euro“ verwendet werden, was allerdings die kalkulierten Milliarden nicht ausgleichen kann. Den Streit um die tatsächliche Größe der finanziellen Auswirkungen soll ein neues Gutachten lösen. SPD-Chef Kurt Beck jedoch betonte, diese „Sicherheitsklausel“ komme wahrscheinlich auch gar nicht zum Tragen, da die höchste Belastung eines Landes durch den Fonds nach offiziellen Statistiken „nur“ 56 Millionen Euro betrage.

Inflation von Entwürfen

Verwirrung um Gesetzesformulierungen, eine Inflation von Arbeitsentwürfen und Zahlenspiele allerorten. Einzig allein Ministerin Schmidt scheint tief in der Materie zu stecken. Es klingt, als wäre alles stabil, als hätte sie den Prozess unter Kontrolle. Kürzlich sagte Sie dem

Magazin *SPIEGEL* (18. September 2006): „Mit den Eckpunkten ist es so wie mit den Maschen am Pullover. Wenn Sie anfangen, die aufzuzupfen, ist bald nichts mehr von Ihrem Pullover da. Ich wache deshalb wie eine Luchs in darüber, dass die Eckpunkte eins zu eins umgesetzt werden.“ Ähnliches hat übrigens Gerhard Schröder (SPD) einst über die Hartz-Reformen gesagt. Störgeräusche hört Ulla Schmidt kaum. Dabei werden diese Geräusche immer schriller, immer bedrohlicher. Es ist der Ärger über ihre Gesundheitsreform, der Ärger über eine Regierung, die ein Dreivierteljahr plant und verhandelt und am Ende das Gegenteil von dem vorlegt, was sie eigentlich wollte.

Fast möchte man der Koalition den Ausspruch des römischen Philosophen Lucius Annaeus Seneca zurufen: „Wir haben keine Knappheit an Zeit, aber wir haben viel davon verschwendet“. Gleich am Anfang seiner Betrachtungen über die Kürze des Lebens („De brevitae vitae“) kritisiert Seneca die Zeitverschwendung durch Genussucht und Nachlässigkeit, wie er an anderer Stelle übertriebene Geschäftigkeit anprangert.

Die Regierung wollte, dass die Lohnzusatzkosten sinken, damit der Faktor Arbeit entlastet wird. „Mir ist es eine Herzenssache“, hat Angela Merkel bei der Präsentation der Eckpunkte damals gesagt. Jetzt steigen die Beiträge schneller, als sie ohne Reform gestiegen wären. Die Regierung wollte die Gesundheit stärker durch Steuern finanzieren. Es wird jetzt weniger Steuergelder (zum Beispiel aus der Tabaksteuer) geben als vorher. Die Regierung wollte mehr Wettbewerb, mehr Effizienz. Jetzt soll ein Fonds eingeführt werden, der mehr Bürokratie, mehr Staatsmedizin und mehr Kosten verursacht und jeglichen Wettbewerb der Krankenkassen verhindert. Und von dem unklar ist, warum man ihn eigentlich braucht.

Die Frage ist, wie es zu den Eckpunkten kommen konnte, über die Ulla Schmidt und Angela Merkel jetzt wie „Luchsinnen“ wachen. Wie kommt es, dass eine Regierung im Laufe eines Prozesses fast all ihre Ziele aus den Augen verliert?

Politischer Kompromiss

Blicken wir zurück auf die Bundestagswahl 2005. Die Wähler haben die Volksparteien fast gleich schwach gemacht. Es ist nicht klar, wie es weiter geht mit Deutschland. Die Vertreter von Gesundheitsprämie und Bürgerversicherung stehen sich unversöhnlich gegenüber. Ein politischer Kompromiss scheint unvorstellbar. Ein praktikabler Kompromiss zwischen Gesundheitsprämie und Bürgerversicherung musste her, ein Vorschlag, eine tragfähige Grundlage für eine gemeinsame Reformstrategie. Die Eckpunkte werden geboren und der Fonds. Gelder für das Gesundheitswesen sollen künftig in diesen Sonderhaushalt fließen. Daraus soll den Krankenkassen für jeden Versicherten der gleiche Betrag überwiesen werden.

Die Kassen sollen die Möglichkeit bekommen, Zusatzprämien von ihren Kunden zu verlangen, wenn sie mit dem Geld nicht hinkommen. Das gefällt der Union. In einem zweiten Schritt soll die Gesundheit von allen über Steuern finanziert werden. Das gefällt der SPD.

Aber es gefällt keinesfalls uns Ärztinnen und Ärzten! Und schon gar nicht in Bayern!

Mittlerweile sind insbesondere in den südlichen Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg die Auswirkungen für die medizinische Versorgung der Versicherten klar. Kommt es zur Einführung des Gesundheitsfonds, wie von Bundesgesundheitsministerin Schmidt geplant, fehlt jährlich ein dreistelliger Millionenbetrag für die ambulante und stationäre Versorgung der gesetzlich versicherten Patienten in Bayern.

Mehr Eigenverantwortung

Das Gesundheitswesen in Deutschland braucht eindeutig mehr Eigenverantwortung. Der Einfluss des Staates sollte sich auf den Ordnungsrahmen beschränken. Die Pläne der Koalition weisen jedoch in eine ganz andere Richtung. Das „Krankenversicherungswettbewerbsstärkungsgesetz“ wird zur Phrase. Die Überschrift passt überhaupt nicht zum Inhalt, werden doch Bürokratie und staatlicher Dirigismus zementiert: staatlich festgesetzte Beitragssätze und zentraler Beitragseinzug, Kasseneinheitsverbandsstruktur, Einheitshonorare für ärztliche Leistungen und Wegfall von Vertragskompetenzen der Länder, Innovationshürden, Preisregulierungen und „Sanierungsabgaben“ im Krankenhaus, Gefährdung der Strukturen von GKV und Privater Krankenversicherung – so lesen sich die geplanten Maßnahmen wie aus einem „Horrorkatalog“.

Aus einem ehemals freiheitlichen Gesundheitswesen soll jetzt ein System entwickelt werden, das Patienten und Ärzte gleichermaßen entmündigt:

- Der Fonds löst nicht die Finanzierungsprobleme der GKV; im Gegenteil, diese werden weiter verschärft. Die Rationierungsschraube wird weitergedreht.
- Die Budgetierung in der ambulanten ärztlichen Versorgung wird allen Lippenbekenntnissen zum Trotz de facto fortgeschrieben.
- Die Krankenhäuser sollen durch zusätzliche Lasten in Höhe von mindestens 750 Millionen Euro ausgeblutet werden.

- Der Gemeinsame Bundesausschuss wird zur Rationierungsbehörde des Gesundheitsministeriums ausgebaut. Er soll zum Beispiel auch die Inhalte unserer Fortbildung festlegen; ein ungeheurer Vorgang.

- Die GOÄ soll der budgetierten Vertragsgebührenordnung angeglichen und damit praktisch abgeschafft werden.

Verwirrend und wirr

Die verwirrenden und wirren Vorstellungen zur Gesundheitsreform dürfen deshalb nicht umgesetzt werden. Die Folgen wären Zuteilungsmedizin, Wartezeiten, Versorgungsengpässe und Qualitätseinbrüche. Sie sind gegenüber Patienten und Ärzten nicht zu verantworten!

Der wissenschaftliche Beirat des Finanzministeriums, der einen Gesundheitsfonds vor einigen Jahren vorgeschlagen hat, sagt jetzt: „Was ist aus unserem Fonds geworden! So nicht!“. Dem können wir uns nur anschließen!

Gestatten Sie mir noch eine allerletzte Anmerkung zu diesem Fonds, der ja eine holländische Idee sein soll. Dieser Fonds und Straubing, dem Austragungsort unseres 62. Bayerischen Ärztetages, stehen – man glaubt es kaum – in einem gewissen Zusammenhang, zählte doch Straubing vor gut 600 Jahren, genau von 1353 bis 1425 zum „Herzogtum Straubing-Holland“. Da muss es doch wohl opportun sein, genau von diesem 62. Bayerischen Ärztetag in Straubing eine Überarbeitung der Gesundheitsreform und seines Kernstücks „Gesundheitsfonds“ zu fordern!

Genau dies zu tun, dazu lade ich Sie herzlich an unserem 62. Bayerischen Ärztetag ein. Der Ärztetag ist eröffnet.